

Wittgensteiner Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn-
ab Feiertage, und kostet monatlich 2 Mar-
k. Strohporto: Kreis-Spartasse Laasphe Nr. 8.
Hamburger Bank & G.m.b.H. Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Preis: 10 Pf. pro 10 Bogen
Kamillen- und kleine Anzeigen ... 6 Pf.

Nummer 283

Verleger Nr. 1

Laasphe, Donnerstag den 4. Dezember 1930

55. Jahrgang

Neues vom Tage.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den deutschen
Botschafter in Madrid Graf von Helldorf.

Das Landgericht I zu Berlin verwarf die Beschwerde des
Klein-Verlages gegen die Verfügung, durch die dem genannten
Verlage verboten wird, den zweiten Band der Bülow'schen Denkwürdigkeiten ohne Entfernung der den früheren Regierungsrat Rudolf Martin betreffenden Stellen zu veröffentlichen.

Nachdem es Dr. Ender nicht gelungen ist, ein österreichisches
Kabinett zu bilden, hat er seine Mission in die Hände des Bundespräsidenten zurückgelegt. Wahrscheinlich wird Nationalrat Dr. Gasser mit der Regierungsbildung beauftragt.

Das schwedische Motorschiff „Gedwig“ ist zwischen der chine-
sischen Küste und den Philippinen auf ein Riff gelaufen. Das
Motorschiff soll verloren sein und seine 14 Mann starke Besatzung
in großer Gefahr schweben.

Der Kampf hat begonnen.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Als der Reichstag am 19. Oktober sich auf den 3. Dezem-
ber vertagte, rechnete man damit, daß ihm zu diesem Zeitpunkt
die Gesetzentwürfe vorliegen würden, die das große Finanz-
und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung umfaßt. Es ist aber anders gekommen. Zwar hat der
Reichstag die verfassungsmäßige Vertretung der deutschen
Länderregierungen — diese Entwürfe verabschiedet, aber die
Reichsregierung hat sie dann dem Reichstag gar nicht erst zu-
geleitet, sondern am 1. Dezember durch eine Notverordnung des
Reichspräsidenten in Kraft treten lassen.

Somit stand der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt
vor einer vollendeten Tatsache. Daß er bei der Durch-
führung einer so wichtigen Aktion, wie sie die Sanierung der
Reichsfinanzen bedeutet, ausgeschaltet worden ist, ist vom
Standpunkt des Parlamentarismus und des Parlamentarismus
natürlich sehr zu bedauern. Die Regierung macht aber für ihr
Vorgehen geltend, sie sei zu einem raschen Handeln gezwungen
gewesen, weil die Finanzlage des Reiches so schwierig sei, daß
sofortige Abhilfe geschaffen werden müsse. Nur weil tatsächlich
ein Notstand vorliege, habe sie zum Paragraphen 48 der Reichs-
verfassung gegriffen.

Bei dieser Sachlage hat es keinen Zweck, sich nachträglich
den Kopf darüber zu zerbrechen, ob die Reichsregierung für die
Durchführung ihres Programmes im Reichstag eine Mehrheit
bekommen hätte oder nicht. Eines steht jedenfalls fest: so rasch,
wie es die Reichsregierung gewünscht hätte — Endabstimmung
über die Vorlagen spätestens am 21. Dezember — hätte es der
Reichstag nicht geschafft. Dazu sind die parteipolitischen Gegen-
sätze, dazu ist die politische Atmosphäre gerade in diesem Reichs-
tag viel zu gespannt. Wenn also die Regierung Brüning durch
den Ernst der Finanzlage tatsächlich zu einem ganz raschen
Handeln gezwungen war, dann blieb ihr allerdings kein anderer
Weg als der der Notverordnung.

Freilich ist sie damit noch keineswegs am Ziele. Nach der
Reichsverfassung kann nämlich der Reichstag nicht völlig beiseite
geschoben werden. Derselbe Artikel 48, der dem Reichspräsidenten
unter gewissen Voraussetzungen das Recht zu Notmaßnahmen
gibt, bestimmt nämlich auch, daß von diesen Maßnahmen
dem Reichstag unverzüglich Kenntnis gegeben werden muß.
„Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer
Kraft zu setzen“, heißt es dann im Artikel 48 der Reichsver-
fassung wörtlich weiter.

Demgemäß ist dem Reichstag inzwischen die Notverordnung
des Reichspräsidenten zur Kenntnis gebracht worden. Der Kampf
darüber, ob sie der Reichstag aufheben oder bestehen lassen
soll, hat begonnen. Dieser Kampf wird nur von ganz kurzer
Dauer sein, denn die Reichsregierung drängt auf rasche Ent-
scheidung. Schon am Samstag dieser Woche soll sie fallen. Eine
Überweisung der Notverordnung an einen Ausschuss lehnt die
Regierung rundweg ab.

Die Reichstagsfraktionen sind schon jetzt eifrig dabei, herauszu-
rechnen, wie die Entscheidung fallen wird. Ein Antrag auf Auf-
hebung der Notverordnung — gestellt von den Nationalsozia-
listen und den Deutschnationalen — liegt bereits vor. Wer wird
dafür stimmen? Ganz sicher die Nationalsozialisten, die Deutsch-
nationalen und die Kommunisten, das sind zusammen 225
Stimmen, also noch nicht die Mehrheit. Aber möglich und
wahrscheinlich ist, daß noch andere Stimmen dafür abgegeben
werden. Wenn beispielsweise die 23 Stimmen der Wirtschaftspartei zu der Opposition stoßen und wenn von der Landvolk-
partei ebenfalls Stimmen für sie abgegeben werden, so käme
man der Mehrheit, die bei 277 Abgeordneten 289 Stimmen be-
trägt, doch schon recht nahe. Man muß außerdem damit rechnen,
daß das Haus nie vollständig besetzt ist und daß es bei der
Sozialdemokratie Abwanderungen geben wird, mindestens wird
eine Anzahl Sozialdemokraten wohl nicht im Saale sein, um
nicht gegen die Aufhebung der Notverordnung stimmen zu müs-
sen. Andererseits rechnet die Regierung darauf, daß es bei der
Wirtschaftspartei und beim Landvolk Stimmhaltungen gibt
und daß die große Mehrheit der sozialdemokratischen

Wiederzusammentritt des Reichstags

Nach langer Pause wieder Reichstagsplenum. — Vor der
Entscheidung über die Notverordnung. — Sitzung des
Kabinetts. — Die Plenarsitzung. — Eine Rede des
Reichsfinanzministers.

Berlin, 3. Dezember.

Nach einer Pause von sieben Wochen ist am Mittwoch nach-
mittag der am 14. September gewählte Reichstag wieder
zusammengetreten. Die Parlamentspause war bekanntlich keine
politische Pause, es sind vielmehr während dieser Zeit wichtige
politische Entscheidungen gefallen. Vor allem ist das Finanz-
programm der Reichsregierung, nachdem es im
Reichsrat Annahme gefunden hatte, durch eine Notver-
ordnung des Reichspräsidenten in Kraft gesetzt
worden. Da der Reichstag noch in dieser Woche darüber zu
entscheiden hat, ob die Notverordnung in Kraft bleiben soll, ist
das Interesse an seinen Verhandlungen sehr groß. Ueberall
wird die Frage eifrig erörtert, wie die Abstimmung zu dieser
Frage ausfallen wird.

Der Wiederbeginn der Parlamentsarbeit wurde eingeleitet
mit einer

Sitzung des Kabinetts

am Mittwoch vormittag. Es wurde beschlossen, mit der ersten
Lesung des Haushaltsplans für 1931 sowohl die alte als auch
die neue Notverordnung sowie die eingehenden Vertrauens-
anträge zu verbinden. Es soll versucht werden, die Beratung
über diesen Fragenkomplex bis zum Samstag zu Ende zu füh-
ren. In der nächsten Woche wird sich dann der Reichstag mit
außenpolitischen und anderen Anträgen beschäftigen. Hierzu
gehören auch die Anträge wegen der Hochwasser- und Berg-
werkskatastrophen.

Der Kabinettsrat befaßte sich ferner mit den Vorschlägen
seines Unterausschusses über eine neue Diätenregelung
für die Abgeordneten. Die Vorschläge, wonach die Diäten um
20 Prozent gesenkt werden, wurden gebilligt. — Schließlich
wurde die Einsetzung zweier neuer Ausschüsse beschlossen und
zwar eines Ausschusses für Liquidations- und Gewaltthaten
und eines Ausschusses zur Förderung der Leibesübungen.

Fraktion gegen den Antrag auf Aufhebung stimmen wird.
Man sieht aber, wie schwierig die ganze Situation ist.

Einen besonderen Schatz haben inzwischen die Natio-
nalsozialisten dadurch gemacht, daß sie einen Ver-
trauensantrag für das Reichskabinett eingebracht haben.
Sie selber werden natürlich gegen ihren eigenen Antrag stim-
men, dessen Zweck nur ist, Verwirrung zu stiften. Da nämlich
hinter den Parteien, die im Kabinett Brüning vertreten sind,
keine Mehrheit steht, wollen sie durch diesen Antrag erreichen,
daß er abgelehnt und daß damit das Kabinett Brüning
gefallen wird.

So herrscht in dem Reichstag, der sich am Mittwoch wieder
versammelt hat, rechte Kampflust. Der entscheidenden Abstim-
mung am Samstag muß man mit größter Spannung entgegen-
sehen.

Ansammlungen vor dem Reichstag.

Trotz des kühlen Wetters begannen die Ansammlungen vor
dem Reichstagsgebäude schon in den frühen Vormittagsstunden.
Das Publikum verhielt sich jedoch zunächst sehr ruhig, so daß
die Polizei, die zum Schutze des Banntreises wieder sehr zahl-
reich im Reichstage zusammengezogen war, vormittags nicht
eingreifen brauchte.

An der Kartenausgabe für die Tribünenplätze bildete sich
eine Schlange, der auf die Eröffnung des Schalters Wartenden
bereits im Morgengrauen. Wer gegen Mittag kam, hatte schon
keine Aussicht mehr, eine Karte zu bekommen.

Mittwoch nachmittag 3 Uhr trat sodann das

Plenum des Reichstags

zusammen.

Saal und Tribünen waren sehr stark besetzt. Auf der Tages-
ordnung stand zunächst die erste Lesung des Haushaltsplans
für das Rechnungsjahr 1931/32. Reichsfinanzminister
Dietrich leitete die Beratungen ein mit einer großen Rede,
in der er ein ungeschöntes Bild von der ernsten Lage des
Reiches entwarf.

Reichskanzler Dr. Brüning wird nach den bisherigen
Dispositionen erst am Donnerstag zu Worte kommen,
um die Notverordnung des Reichspräsidenten zu begründen.
(Den ausführlichen Sitzungsbericht finden unsere Leser auf
der nächsten Seite.)

Anträge.

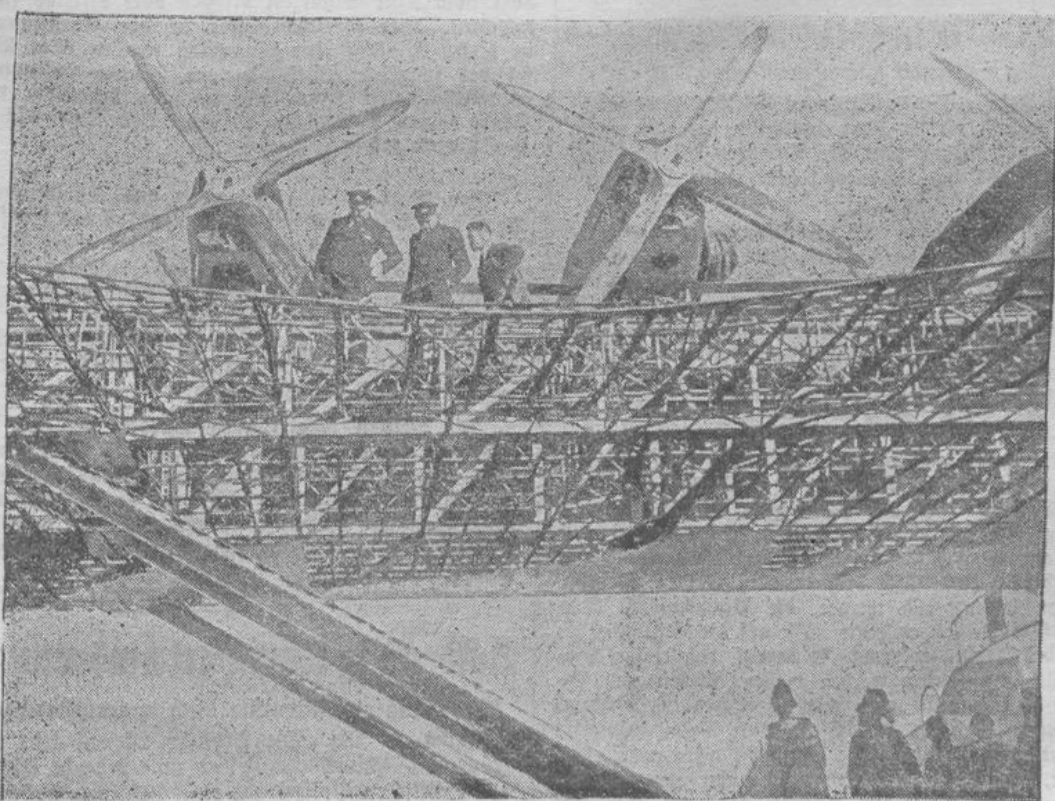
Während die Nationalsozialisten bekanntlich einen
Vertrauensantrag für das Kabinett Brüning eingebracht
haben, ist von den Kommunisten ein Vertrauensantrag
eingebracht. Außerdem fordern die Kommunisten — wie die
Nationalsozialisten und Deutschnationalen — die Aufhebung
der Verordnung des Reichspräsidenten.

Die Sozialdemokraten haben ein Initiativgesetz eingebracht,
wonach die Steuerzuschläge für Ausschussmitglieder auf 20
Prozent festgesetzt werden sollen, während die Notverordnung
nur zehn Prozent vorsieht.

Eine deutsche Note

über die polnischen Terrorakte.

Die deutsche Note wegen der polnischen Terrorakte gegen
Angehörige der deutschen Minderheit bei den Wahlen in Polen,
die jetzt veröffentlicht wurde, besteht aus einem Begleitschrei-
ben an den Generalsekretär des Völkerbundes Sir James Eric
Drummond und einer eingehenden Darstellung der vorgekommenen
Gewalttaten. In dem Begleitschreiben heißt es, daß die in
Polen-Oberschlesien gegen die deutsche Minderheit verübten
Gewalttaten eine flagrant Verletzung der Bestimmungen der
Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 darstellen. Die deutsche
Regierung, die gemäß Artikel 72 Abs. II der Konvention die
Aufmerksamkeit des Völkerbundesrats auf diese Vorgänge lenkte,
bittet den Generalsekretär, veranlassen zu wollen, daß die An-
gelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Tagung des
Völkerbundesrats gesetzt werde.



Dieses Metallgerippe blieb übrig
von dem linken Flügel des Do X, an dessen Bord im Hafen
von Lissabon plötzlich ein Brand ausbrach. An der Aus-
besserung des Schadens wird bereits eifrig gearbeitet.

Die dann folgende dokumentarische Darstellung der Gewalttaten gliedert sich in drei Teile, deren erster die Beeinträchtigung des Wahlrechts der Minderheit behandelt, während der zweite Teil die Terrorakte gegen die deutsche Minderheit schildert und der dritte Teil eine Zusammenfassung und Schlussfolgerung aus dem Vorhergehenden enthält. In zwei Anlagen sind der Note das Wahlsystem des Verbandes schlesischer Aufständischer und das Wahlsystem des Westmarkenvereins, Bezirk Schlesien, beigegeben.

Vom Völkerverbundsekretariat veröffentlicht.

Die Note der deutschen Reichsregierung über die Gewalttaten in Polnisch-Oberschlesien ist vom Generalsekretariat des Völkerverbundes in Genf veröffentlicht und sämtlichen Ratsmitgliedern mit folgendem kurzen Begleitnote zugesandt worden: „Der Generalsekretär beehrt sich, beiliegend dem Rat einen Brief der deutschen Regierung vom 27. November 1930 mit Anlagen betreffend die Lage der deutschen Minderheiten in der Wojewodschaft Schlesien (Polen) mitzuteilen.“

Der Reichsfinanzminister vor dem Reichstag.

Der Reichstag für 1931/32.

X. Berlin, 3. Dez.

Die Tribünen sind dicht besetzt, der Saal füllt sich erst langsam, als Präsident Lohse am Mittwoch nachmittag die erste Reichstagsitzung nach der Pause eröffnet.

Am Regierungstisch sitzen Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich, Reichswirtschaftsminister Grawert, Reichsaussenminister Dr. Curtius, Reichsinnenminister Dr. Brüning und Reichspostminister Dr. Schöner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestierte Abg. Torgler (K.) gegen das Massenaufgebot der Polizeimannschaften in der Umgebung des Reichstags. Er beantragte die Zurückziehung der Polizei. Der Antrag kann nicht zur Beratung kommen, weil von den Sozialdemokratischen Widerspruch erhoben wird.

Der Präsident erteilt sodann das Wort dem

Reichsfinanzminister Dietrich,

der u. a. ausführt:

Die Reichsregierung legt Ihnen den Etat für das Jahr 1931/32, wie ihn der Reichstag verabschiedet hat, diesmal ungewöhnlich frühzeitig vor. Der Grund dafür ist vornehmlich darin zu sehen, daß wir aus dem Unsicherheitszustand herauskommen müssen, in welchen wir im laufenden Etatsjahr geraten sind. Der neue Etat ist besonders deswegen interessant, weil er zahlenmäßig von dem gegenwärtig laufenden Etat, der bekanntlich zweimal ergänzt wurde, sich erheblich unterscheidet.

Die Ausgaben im ordentlichen Etat sind um 1153 Millionen und im außerordentlichen um 272 Millionen verringert.

Zusammen reicht die Differenz nahezu an anderthalb Milliarden heran.

Dieses Ergebnis war nur zu erreichen im Zusammenhang mit einer Reihe von Maßnahmen, die in der soeben erschienenen Notverordnung enthalten sind, vornehmlich durch die Kürzung der Gehälter und die Weiterführung eines Teils der Einnahmen, die durch Notverordnung vom Sommer erschlossen wurden. Dazu kommt, daß die Steuererlässe stark gekürzt wurden und daß den Ländern eine Summe von hundert Millionen à conto ihrer Gehaltsersparnisse einbehalten wird. Die dritte und wichtigste Maßnahme war die

Selbständigmachung der Arbeitslosenfürsorge.

Zu diesem Zweck wurden die Beiträge auf 6 1/2 Prozent erhöht. Diese 6 1/2 Prozent bedeuten, wenn sie das nächste Jahr durch ausreicht erhalten werden müssen, eine Einnahme von 1716 Millionen zu denen dann noch hinzukommen für die Krisenfürsorge 400 Mill. plus 20 Millionen Verwaltungsaufwand, die im Etat noch vorgesehen sind, so daß im schlimmsten Falle für das nächste Jahr zur Verfügung stehen 2136 Millionen Reichsmark. Diese Summe differiert nur um einen geringen Betrag gegen den Aufwand, den wir für das laufende Etatsjahr voraussichtlich haben werden und zu welchem das Reich in ständig höherem Maße auf Grund seiner Darlehenspflicht an die Arbeitslosenversicherung herangezogen wurde. Diese ständig steigenden und nicht vorhergesehenen Aufwendungen erreichten zum Schluß, ohne daß man heute schon eine endgültige Zahl angeben kann, die Summe von mehr als 1100 Millionen Reichsmark.

Es muß erneut betont werden, daß hierin der Hauptgrund der ganzen Verwirrung des laufenden Jahres zu suchen ist. Bei der Aufstellung des Etats 1930 war von einer durchschnittlichen Zahl von 1,2 Millionen unterstützten Arbeitslosen ausgegangen worden. Die im Jahre 1930 für Zwecke der Arbeitslosen zur Verfügung gestellten Mittel reichten trotz allem nicht aus, so daß das Jahr 1930 hier mit einem Defizit von ungefähr 300 Millionen abschließen wird.

Zu den Schwierigkeiten bei der Arbeitslosenfürsorge trat ein ständig wachsender Einnahmerückgang,

der für das ganze Jahr auf 900 Millionen geschätzt worden ist. Zu prophezeien, wie das nächste Jahr schließlich ablaufen wird, liegt außerhalb unserer Kräfte, aber die Aufgaben bei der Aufstellung des neuen Haushalts bestanden darin, nach Möglichkeit die Gefahrenmomente zu beseitigen.

Der Minister besprach sodann die Notwendigkeit, neue Einnahmen zu schaffen und sagte über die Mehrbelastung des Tabaks: Die Gefahren, welche namentlich den kleinen Fabrikanten und den Zigarrenarbeitern drohen, die aber die Reichsregierung nicht mehr so hoch einschätzt, wie bei dem ursprünglichen Vorschlag, sollen mit Unterstützung der Arbeiter und Angestellten und der kleinen Fabrikanten bekämpft werden. Dann sagte der Minister weiter: Eine besonders unpopuläre Maßregel ist die

Gehaltsenkung.

Es steht heute fest, daß wir uns im Jahre 1927 bei der Besoldungsreform in der Leistungsfähigkeit Deutschlands getäuscht haben. Mit guten Gründen ist damals auch bestimmt worden, daß die Gehaltsbemessung widerprüflich sei. Wenn es gelingt, die Lebenshaltung weiter zu verbilligen, so wird der Reallohn der Beamten, wie ihn das Jahr 1927 brachte, schließlich doch erhalten bleiben. Darüber hinaus ist aber zu hoffen, daß gerade die Beamtenchaft Verständnis dafür aufbringt, daß es heute mehr auf die Erfüllung der Verpflichtungen des Reiches ankommt als darauf, daß einige Prozente des Gehalts dreingekürzt werden müssen. Länder und Gemeinden sind zu gleichen Kürzungen verpflichtet worden. Nicht gelitten haben die ursprünglich geplante Besoldungssperre für die Gemeindebeamten. Eine solche Vorkehrung wäre verfassungswidrig, weil sie in wohlverordnete Rechte eingreift. Angesichts der gegen mich erhobenen Angriffe muß ich aber fest-

stellen, daß mir nichts ferner liegt, als die Gemeinden unter Kuratel zu stellen.

Ersparnisse werden in Zukunft noch möglich sein durch den Abbau der Versorgungsämter und durch

Steuervereinfachung.

Von rund 1,5 Millionen Landwirten, die bisher auf ihre Einkommensteuerpflicht geprüft wurden und von 869 000 Landwirten, die bisher steuerpflichtig waren, bleiben nach dem neuen Gesetz noch 43 000 übrig, die einkommensteuerpflichtig sein werden. Aus der Vermögenssteuer fällt die Hälfte aller Zinsen heraus; desgleichen bei der Umsatzsteuer. Bedenklich für die Entwicklung der Finanzen ist die Frage, wie weit das im

Ausland angelegte Kapital

zurückgeschafft werden kann. Ermittlungen haben ergeben, daß der gewaltige Abzug an Geld nach den Wahlen nur zu einem kleinen Teil auf Kapitalflucht und zum weitaus größeren Teil auf die Zurückziehung ausländischer Kredite zurückzuführen ist. Um die Zurückführung des deutschen Kapitals zu erleichtern, beabsichtigt die Reichsregierung, zu gegebener Zeit eine Steueramnestie zu erlassen. Außerdem sollen in Zukunft eidesstattliche Versicherungen bei Feststellungen über Vermögen oder Einkommen verlangt werden können. Mit Gewaltmaßnahmen ist auf diesem Gebiet nichts zu erreichen.

Zusammenfassend stellt der Minister fest, daß sowohl die direkten als auch die indirekten Steuern in Deutschland auf das höchste Maß angepannt seien. Dabei sei der Haushalt so sparsam aufgestellt, daß es der größten Energie bedürfe, ihn durchzuführen. Der Etat sei ausgeglichen und die Gefahrenmomente des laufenden Jahres seien beseitigt. Die Bedeutung dieser Tatsache für den Reichskredit und die Aktionsfähigkeit des Reiches dürfe nicht unterschätzt werden.

Die Reichsregierung hat in ihren Maßnahmen alles vermieden, was irgendwie mit der Verfassung in Widerspruch stünde. Es ist bedauerlich, daß wir zu einer Notverordnung greifen mußten. Die Verhältnisse haben uns dazu gezwungen, und ich bitte Sie, zu überlegen, wer in erster Linie die Schuld daran trägt. Der Einfluß der Organe eines Staates wird immer so groß sein, wie ihre Verantwortungslosigkeit und Leistungsfähigkeit. Es besteht die Gefahr, daß ein Parlament, in dem große lebendige verneinende Parteien sitzen, in seinem Einfluß zurückgeht. Je schneller Sie arbeiten und je sparsamer Sie verfahren, desto mehr tragen Sie zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Festigung des Staates bei.

Die Ministerrede wurde im ganzen ruhig angehört. Nur wenn Minister Dietrich sich direkt gegen die Oppositionsparteien wandte, hörte man einige Zwischenrufe von den Kommunisten und Nationalsozialisten. Am Schluß der Rede gab es Beifallskundgebungen bei den Mittelparteien. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde die Aussprache auf Donnerstag verlagert.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag 12 Uhr statt. Auf ihrer Tagesordnung steht die Weiterberatung des Etats 1931 in Verbindung mit dem Ausschlußbericht über die Zukunftsnotverordnung und mit den dazu vorliegenden Anträgen, sowie die Anträge auf Aufhebung der neuen Notverordnung und die Mißtrauensanträge.

Staatspartei hat Fraktionsstärke.

Der im Wahlkreis Liegnitz für die Deutsche Bauernpartei gewählte Reichstagsabgeordnete Hillebrand hat sich als Kandidat der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei angeschlossen, obwohl er in der Deutschen Bauernpartei bleibt.

Der Reichstagsrat des Reichstages hat daher die Gruppe der Deutschen Staatspartei, die nunmehr mit Hillebrand 15 Mitglieder zählt, als volle Fraktion anerkannt. Ueber die Umbesetzung der Ausschüsse des Reichstages, in denen die Staatspartei als Fraktion künftig vertreten sein muß, will der Reichstagsrat in seiner nächsten Sitzung Beschluß fassen. Grundätzlich wurde die sofortige Umbesetzung der Ausschüsse bereits beschlossen.

Wo tagt die Abrüstungskonferenz?

Vielleicht in Spanien?

Der „Petit Parisien“ beschäftigt sich mit der Frage, in welcher Stadt die große Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre stattfinden werde. Das Blatt erklärt, die Zahl der Delegierten und Sachverständigen, des Personal und der Journalisten, die zum Teil von ihren Familien begleitet sein würden, müßten auf 5000 veranschlagt werden. Es sei daher offenkundig, daß das Zusammenkommen einer solchen Konferenz in Genf den Völkerverbundsorganismus vollkommen lahmlegen müßte. Daher hätten gewisse Delegierte daran gedacht, Wien als Konferenzort zu wählen. Nach den neuesten Nachrichten habe aber Wien ebenfalls wenig Aussicht, gewählt zu werden wie Paris, London, Rom oder Berlin, die von vornherein ausgeschlossen wären.

Man habe auch von Lausanne und Brüssel gesprochen, aber noch keine Stadt sei offiziell oder offiziös in Aussicht genommen. Der Berichterstatter in der Abrüstungsfrage müsse in dieser Hinsicht eine Anregung machen. Der Berichterstatter sei der spanische Botschafter in Berlin Quiñones de Leon; es würde daher keine Überraschung bedeuten, wenn er eine Stadt seines Landes, z. B. San Sebastian, als Konferenzort vorschlagen werde.

Der Vorbereitende Ausschuss der Abrüstungskonferenz in Genf beschäftigte sich mit dem Vorschlag des Grafen Bernstorff, dem Völkerverbund als Datum für die allgemeine Abrüstungskonferenz den November 1931 zu empfehlen. Lord Cecil, der Vertreter Englands, hatte sich in beständigen Worten gegen Graf Bernstorff und seine Anregungen gewandt. Graf Bernstorff erwiderte sehr ruhig, er verstehe nicht, warum Lord Cecil sich so aufrege. Sein Hinweis auf die öffentliche Meinung sei nicht so unberechtigt, wie Lord Cecil offenbar glaube.

Die meisten Regierungen würden für eine wirkliche Abrüstung bestimmt nichts tun, wenn die öffentliche Meinung sie nicht fordere. Der Ausschuss lehnte darauf gegen die Stimmen Deutschlands, Italiens, Rußlands und Bulgariens den deutschen Vorschlag ab und nahm einen Antrag Lord Cecil an, der Völkerverbund möge auf seiner Januarsitzung das Datum der Konferenz festsetzen.

Aufdeckung einer Verschwörung in Italien

Aufdeckung oppositioneller Geheimorganisationen in Italien.

Rom, 4. Dez. Die Agenzia Stefani teilt mit: Die dem Innenministerium unmittelbar unterstehende Abteilung „Odra“ der politischen Polizei hat eine Geheimorganisation aufgedeckt, die Verbrechen gegen das Regime vorbereitete, von denen einige

anlässlich des achten Jahrestages des Mordes auf Rom ausgeführt werden sollten. Im Zusammenhang mit dieser Aufdeckung wurden 24 Personen, darunter zwei Frauen verhaftet und dem Sondergerichtshof übergeben. Die „Odra“ stellte auch Spuren einer kommunistischen Organisation fest, die in Reggio Emilia und in der Romagna geschaffen werden sollte. Auch hier wurden mehrere Personen verhaftet und die Führer dem Sondergerichtshof übergeben. Schließlich entdeckte die „Odra“ in Rom eine antifaschistische Geheimorganisation, die sich durch Verbreitung einer Geheimzeitung und antifaschistischer Schmähschriften betätigte. Drei Leiter dieser Organisation wurden festgenommen und gleichfalls dem Sondergerichtshof zum Schutz des Staates übergeben. Sie sind geständig.

Politische Tageschau.

Schwere politische Zusammenstöße in Leipzig.

Leipzig, 4. Dez. Zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei, bei denen acht Personen verletzt wurden, kam es in den späteren Nachmittagsstunden in der Leipziger Innenstadt bei einer Demonstration, zu der die K.P.D. ausgerufen hatte. Die Teilnehmer zweier Versammlungen trafen sich gegen 18 Uhr auf dem Schillerplatz in der Nähe des Reichsgerichts und wurden dort von einem Redner aufgefordert, in geschlossenem Zuge zum Rathaus zu marschieren. Auf dem Wege dorthin traten den Demonstranten Polizeimannschaften entgegen, die die Massen auseinanderzutreiben suchten. Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machte. Es gab nach den bisher vorliegenden Nachrichten acht Verletzte, von denen sieben Aufnahme im Krankenhaus gefunden haben. Es gelang der Polizei, die Mengen auseinanderzutreiben.

Wegen Verwendung gefälschter Spielmarken verurteilt.

Blauen, 4. Dez. Der 37 Jahre alte Schiffbauingenieur Ernst Schmidt und seine Ehefrau aus Sonneberg sowie der Fleischermeister Hilbert aus Planitz, die das Popotter Spielcasino durch Verwendung falscher Spielmarken um etwa 18 000 Danziger Gulden betrogen haben, wurden vom Schöffengericht wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges verurteilt, und zwar Schmidt zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, seine Ehefrau zu zwei Monaten und Hilbert zu sechs Monaten Gefängnis. Die Schöffen hatten sich an den Spielstätten Spielmarken von je 100 Gulden wechseln lassen, die sich bei der späteren Nachprüfung als gefälscht erwiesen. Als sich der Betrug herausstellte, war das Trio bereits abgereist. Es konnte jedoch bald darauf in Blauen verhaftet werden.

Schwere politische Zusammenstöße.

Dresden, 4. Dez. Im Anschluß an die sozialdemokratische Versammlung im Zirkusgebäude, wo der preussische Ministerpräsident Braun gesprochen hatte, kam es in den frühen Abendstunden in der Ritterstraße vor dem dort gelegenen Parteihaus der Nationalsozialisten zu Zusammenstößen. Nach nationalsozialistischer Angabe sollte etwa 200 Mann Reichsbannerleute das Heim gestürmt und die Fenstersteine zertrümmert haben. Die Polizei mußte einschreiten und unter Anwendung des Gummiknüppels vorgehen. Wie das Presseamt des Polizeipräsidiums hierzu mitteilt, nahmen die Nationalsozialisten fortgesetzt eine drohende Haltung gegen die Polizei ein, so daß weitere Verstärkungen herangezogen werden mußten.

Aushebung einer nationalsozialistischen Sturmabteilung.

Breslau, 4. Dez. Nach einer amtlichen Mitteilung der Polizei wurden in der Nacht zum 3. Dezember in Pieschowitz, Landkreis Breslau, etwa 150 Mitglieder der Nationalsozialistischen Sturmabteilung, darunter auch Sanitäter, uniformiert, selbstständig ausgerüstet und bewaffnet, festgestellt. Ein noch in der Nacht hinzukommendes Schutzpolizeikommando stellte eine Menge Waffen, darunter scharf geladene Karabiner, Pistolen, Handgranaten, Munition und Schusswaffen aller Art fest.

Erfolgreiche Verhandlungen zur Bildung des österreichischen Kabinetts.

Wien, 4. Dez. Die Verhandlungen des mit der Kabinettsbildung beauftragten Dr. Ender sind erfolgreich abgeschlossen worden. Danach wird sich das Kabinett folgendermaßen zusammensetzen: Dr. Ender, Bundeskanzler, Dr. Schober, Vizekanzler und Justizminister, der Landbündler Minister, Inneres, Finanzen, der bisherige Finanzminister Dr. Fuch, Justiz, der Großdeutsche Dr. Schöffel, Landwirtschaft, der Christlich-Soziale Thaler, Unterricht, der bisherige christlich-soziale Unterrichtsminister Dr. Gernand, Soziale Verwaltung, wahrscheinlich ein Beamter, Seeresministerium Baumgärtner.

Jaşar gegen die Rechte der Flamen. Im belgischen Senat interpretierte der flämische Frontpartei von Dieren die Regierung wegen der Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Flamen und über die Notwendigkeit, das Gesetz vom Juni 1929 in ein wirkliches Amnestiegesetz zu verwandeln. Ministerpräsident Jaşar äußerte sein Entsetzen über die Unzufriedenheit mit den Leistungen der Regierung zur Förderung des Flamentums und wies hinsichtlich der Amnestiefrage darauf hin, daß sich kein Aktivist mehr im Gefängnis befindet. Das vorgeschlagene Amnestiegesetz würde jedoch Leute begnadigen, die die Erziehung von Patrioten verschuldet haben. Vor allem habe man es darauf abgesehen, diesen Leuten die politischen Rechte wiederzugeben. Über die Regierung werde niemals zu geben, daß ein August Worms in den Senat einzöge. Das Programm der von einem wallonischen Abgeordneten geleiteten Regierung bestehe im Schutz der flämischen Interessen und der Einheit des Landes. Der Antrag der Frontisten, die Sprachpolitik der Regierung zu mißbilligen, wurde hierauf unter Stimmenthaltung der Sozialisten abgelehnt.

Das Oberhaus gegen MacDonald. Das englische Oberhaus hat mit 74 gegen 10 Stimmen eine konservative Entschließung angenommen, worin das Verhalten darüber ausgesprochen wird, daß die Regierung es abgelehnt habe, den Auerziehungen der Premierminister der Dominions zur engeren Gestaltung der Zollbeziehungen zu entsprechen. Auch wird die Regierung getadelt, weil sie es unterlassen habe, die Gelegenheit der Reichskonferenz zur Stärkung des Zusammenhaltes des Reiches zu benutzen. — Diese Niederlage der Regierung wird keine politischen Folgen haben, da die Entscheidung über das Schicksal eines Kabinetts nur beim Unterhaus liegt.

Frenzel im Hungerstreik.

Berlin, 4. Dez. Nach einer Mitteilung, die dem Verteidiger des Bornimer Amtsvorsteher Frenzel zugegangen ist, hat der Verurteilte sich jetzt nach seiner Verhaftung geweigert, Nahrung zu sich zu nehmen. Dieser Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß an eine Haftentlassung Frenzels zunächst kaum gedacht werden kann.

Donnerstag den 4. Dezember 1930

1. Körper und Geist sind Geschenke der Natur, für deren gute Instandhaltung wir verantwortlich sind. Wenn man sich nicht die Zeit nimmt, seine Glieder in dem notwendigen Maße zu bewegen, so muß man später Zeit haben, krank zu sein.

- Das Wandern aber ist die Königin unter den mancherlei Arten der Bewegung!

—* **Weihnachtsverkehr bei der Post.** Es wird empfohlen, mit der Verwendung der Weihnachtspakete möglichst frühzeitig zu beginnen, damit die Pakete ohne Verzögerung in die Hände des Empfängers gelangen. Ferner wird gebeten, für die Pakete recht dauerhafte Verpackungstoffe zu verwenden, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Namen des Bestimmungsorts groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket ist der Absender anzugeben und in das Paket obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen. Päckchen müssen haltbar verpackt und gut verschürt werden; Posträume sind mit Holzwolle auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung nicht eingebrüht werden können. Sie müssen deutlich als „Briefpäckchen“ oder „Päckchen“ bezeichnet sein.

* **Turnerisches.** Der Turnbetrieb hat in letzter Zeit bei unserm Laaspöher Turnverein einen erfreulichen Aufschwung genommen. So konnten in der letzten Versammlung am Sonnabend 7 neue aktive Mitglieder aufgenommen und vom 2. Vorstehenden Herr willkommen geheißen werden. Ebenfalls bei den jungen Turnern unter 17 Jahren (Zöglingen) ist ein beträchtlicher Zuwachs zu verzeichnen. In den nächsten Jahren wird es auch an Nachwuchs nicht fehlen. Was von großer Bedeutung ist. So turnen in der Schülerabteilung 40—50 Knaben und die Schülerinnen-Abteilung umfaßt etwa 30 Mädchen. Alles in allem ist es ein erfreuliches Bild, das die rege turnerische Arbeit in allen Abteilungen des Vereins widerspiegelt. Nicht zuletzt hat auch die Spiel-Abteilung durch die Pflege des Handballspiels einen regen Aufschwung genommen. — An die Eltern und Lehrherren ergeht die Mahnung: Schickt die Jugend zum Turnen. Ihr könnt ihr keinen besseren Dienst erweisen. Fröhlich, fromm, froh und frei ist der Geist in der Deutschen Turnerschaft.

**** Puberbach.** Seinen einundachtzigsten Geburtstag begeht am heutigen Tage einer unserer ältesten Einwohner, der Schneidermeister Aug. Schuppener hiersebst in erfreulicher geistiger und körperlicher Frische und Regsamkeit. Unsere besten Glückwünsche!

1. ds. Mts. tagte die Gemeindevertretung von Banse unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Doert und im Beisein des Bürgermeisters Dr. Schulenburg; bis auf ein durch Krankheit entschuldigtes Mitglied waren die Vertreter anwesend. Punkt 1. Wasserleitung. Der Herr Landwirtschaftsminister hat zu den Wasserleitungskosten ein Staatsdarlehn von 5000 RM. bewilligt. Dasselbe ist mit $4\frac{1}{2}$ % zu verzinsen und in 15 gleichen Jahresraten zu tilgen. Die Gemeindevertretung nahm das Darlehen unter diesen Bedingungen an. Punkt 2. Wegebau im Lindensfeld. Der Wegebau ist vom Kreisausschuß als Nothstandsarbeit anerkannt und zahlt der Kreis zu den entstehenden Kosten den gesetzlichen Anteil. Demzufolge wurde der Ausbau dem Mindestfordernden Otto Schmidt zu 35 % unter Aufschlag zugesprochen. Punkt 3. Der Gemeindevertretung wurde Kenntnis gegeben von der durch den Kreisausschuß erfolgten Abweisung eines Einspruchs eines Wohlfahrtsunterstützungsempfängers, welcher zu wenig zu erhalten glaubte. Der Kreisausschuß hatte dabei festgestellt, daß der Beschwerdeführer 13 RM. pro Monat zuviel erhält. Punkt 4. Anerkennung von vier jungen Leuten als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Die Gemeindevertretung erkannte die Fürsorgepflicht an. Punkt 5. Wegebau. Der Antrag eines Eingekessenen auf Ausbau eines Weges nach seiner Wohnung wurde unter der Begründung abgelehnt, daß es nicht um einen öffentlichen Weg handelt. Punkt 6. Kaminenpfasterung in der Räum. Der Gemeindevorsteher wurde ermächtigt, die betreffende Arbeit an den Mindestfordernden zu vergeben. Punkt 7. Die Fürsorgepflicht für einen erkrankten Arbeiter wurde anerkannt und in Verfolg dessen ein rückständiger Mietbetrag auf die Gemeindefasse übernommen.

1. **Verlebung.** Das Wittgensteiner Kreisblatt wird vom 1. Januar 1931 ab zum Beginn seines 80. Jahrgangs täglich erscheinen.

Personale. Herr cand. rer. pol. Hsch. Menn-Schameder stand vor der Prüfungskommission der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. die Diplomprüfung für das höhere Handelslehramt mit „gut“. Wir gratulieren!

**** Wallau.** Am gestrigen Mittwoch feierten die Eheleute Förster Christian Schwarz und die Eheleute Gemeinderat Heinrich Schmidt das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Wir gratulieren!

— **Edelshausen.** Die neue Lahnbrücke fertig-
gestellt. Nach 1 1/2-jähriger Bauzeit wurde am Montag die
von der Firma M. A. N., Werk Gustavsburg (Mainz),
neuerbaute Lahnbrücke bei Edelshausen fertiggestellt. Das
Bauwerk ist insofern einzig, als es die erste elektrisch ge-
schweißte Straßenbrücke darstellt. Nach eingehenden mehr-
fachen Probelastungen in Anwesenheit einer höheren Kom-
mission wurde die neue Brücke heute mittag dem Verkehr
übergeben. Die sehr solide Bauart der Brücke zeigt ein ge-
fälliges Aussehen und paßt sich dem Landschaftsbild gut an.

— Singtreffen auf der Jugendburg Freusburg. Die von der Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung veranstalteten Freusburger Singtreffen finden unter der Leitung von Hans Flohr-Fernsdorf jeden 1. Samstag und Sonntag im Monat statt. Sie sollen dazu dienen, dem jungen Volk das schöne alte Volkslied und die Musik unserer alten Meister wieder nahe zu bringen. Es sind offene Singstunden, zu denen jeder, der sich einzufinden weiß, herzlich willkommen ist. Während bisher vornehmlich das alte Volkslied gepflegt wurde, soll bei dem nächsten, am kommenden Samstag/Sonntag stattfindenden Treffen eine Weihnachtsantate erarbeitet werden. Hierzu sind die Musikanten ebenfalls sehr erwünscht. Am Samstag wird auch vielleicht Knecht Ruprecht den Weg zur Jugendburg hinauffinden. Ob er wohl etwas mitbringt?

— **Siegen.** Wiederbelebung der Sieginindustrie? Es scheint so, als ob sich eine Wiederbelebung der Siegerländer Industrie anbahnt. U. a. wird berichtet, daß mehrere Gruben in Eiselfeld wie bei Siegen den Betrieb wieder aufnehmen und die volle Belegschaft einstellen werden. Ebenso wird berichtet, daß die „Charlottenhütte“ in Niedersiefden wieder voll beschäftigt sein und darüber hinaus ihre frühere Belegschaftszahl durch weitere Einstellungen erhöhen wird. Auch eine Blei- und Silbergrube bei Niedersiefbach hat ihren Betrieb zum Teil wieder geöffnet.

— **Niederfischbach** (Kr. Siegen). Von der zusammenbrechenden Decke erschlagen. Auf der alten Grubenhälfte der früheren Grube Fischbachwerk war man mit dem Abbruch eines Wasserbassins beschäftigt. Ein elfjähriges Mädchen hielt sich im Innenraum des Bassins auf, als auf einmal die Decke zusammenbrach. Von den schweren Biegemassen wurde das Kind verschüttet. Das Mädchen konnte nur als Leiche geborgen werden.

— Kassel. Bei lebendigem Leibe verbrannt. Das fünfjährige Kindehen eines Installateurs spielte mit Streichhölzern, als es plötzlich zum Entzehen der Mutter in vollen Flammen stand. Die Flammen konnten zwar sofort erstickt werden, doch hatte das Kind bereits so starke Brandwunden erlitten, daß es starb.

— Aus dem Taunus. Auch die Jagden werden billiger. Das Jagdgebiet der Taunusgemeinde Brandobendorf, eines der wildreichsten Reviere im Taunus und darum auch von den Jägern am meisten geschätzt und begehrt, wurde kürzlich auf weitere neun Jahre neu verpachtet. Während früher der Jahreserlös 8000 Mark betrug, bot der seitherige Pächter, ein Frankfurt, für den ersten Bezirk als Höchstbietender nur noch 1240 Mark. Die beiden anderen Revierbezirke mußten einschließlich Miete des Jagdhauses mit 2500 Mark einem Herrn aus Duisburg zugeschlagen werden. Der Jahreserlös aus der Jagd ist demnach um rund 4000 Mark niedriger als sonst geivorden.

— **Rebiffion im Frenzel-Prozef?** Gegen das Urteil gegen den früheren Bornimer Amtsvorfeher Frenzel werden die Verteidiger Rebiffion beim Reichsgericht anmelben. Die ausführliche Begründung wird allerdings erft erfolgen, wenn die Begründung des Urteils fchriftlich vorliegt. Der Vorfigende Hellwig hat geäußert, daß er etwa drei Monate gebrauchen werde, um die Begründung fertigtzuteilen, da er fich in erfter Linie mit den wiffenfchaftlichen Gutachten auseinanderfetzen müffe. Rechtsanwalt Brandt will vor allen Dingen darum erſuchen, den Prozeß nicht wieder nach Potsdam zurüdzubertreiben, falls der Rebiffion ftatigebogen werden folle, fondern den Fall nach Berlin zu verlegen, um, wie die Verteidiger fich ausdrücken, ihn „der Potsdamer Atmoſphäre“ zu entziehen. Mit einer Entſcheidung des Reichsgerichts kann man früheſtens im März des kommenden Jahres rechnen. Deshalb werden die Verteidiger auch ſofort die Haftbeſchwerde formulieren, die dem Kammergericht noch heute zugehen ſoll.

— Die Chemnitzer Straßenbahner-Bewegung. Zum Streik der Straßenbahner in Chemnitz wird von der Stadt, Nachrichtenstelle folgendes mitgeteilt: Der Straßenbahnbetrieb wird im Laufe des Tages, soweit möglich, in einem verstärkten Maße durchgeführt werden. Voraussichtlich wird er, um Sabotage- und Gewalttate zu vermeiden, heute wieder gegen 20 Uhr eingestellt werden. Heute mittag finden vom Tarifamt aus Verhandlungen mit den Gewerkschaften

statt. Wie verhältnismäßig gering die Streifbewegung an sich ist, geht aus der Tatsache hervor, daß heute früh von einer Belegschaft von 1900 Mann nur 200 Mann nicht zum Dienst antraten.

Berlin, 4. Dez. Die Berliner Vertretung der Dornier-Werke teilt mit: Von einem Heilb. der deutschen Presse wurde eine Nachricht des „Daily Herald“ übernommen, wonach das britische Luftfahrtministerium dem Dritten Offizier des „Do X“ eine Rechnung in Höhe von 1100 Pfund Sterling gleich 22 000 Mark vor dem Abflug nach Vorderasien überreicht hätte. Der Kommandant des „Do X“ Kapitän Christiansen, der erst jetzt hiervon erfuhr, telegraphiert aus Eissabon, daß diese Preisentz. frei erfinden sei. Das Dornier-Flugschiff „Do X“ und seine Besatzung seien Grenzgäste der englischen Marinekation Galtshot gewesen, wo sie in famer. schafflicher Form im wahren Sinne des Wortes aufgenommen wurden.

Wesfa, 4. Dez. In der Volksschule von Grafentonna kam es während der Pause zwischen Schülern zu Streitigkeiten, in deren Verlauf der Schüler Kramer ein Messer hervorrag und den sechsjährigen Knaben eines Landarbeiters erstach. Während der kleine tot zusammenbrach, benutzte der jugendliche Täter die entstehende Aufregung, um zu verschwinden. Es gelang bisher nicht, seiner habhaft zu werden; er wurde auch in der Wohnung seines Vaters, des Kommunistenführers Kramer, nicht aufgefunden.

Darlehen zur Kultivierung von Obdländereien.

Wie für das Rechnungsjahr 1930 werden auch für 1931 wieder Darlehensmittel zur Dedlandkulturbierung (Umwandlung von Dedlandereien in Dauerweiden, Wiesen, Ackerland, in beschränktem Umfange auch Aufforstung) aus dem von Staat und Provinz gebildeten gemeinschaftlichen Dedlands-kulturfonds zur Verfügung stehen. Die Darlehen sind nach drei Freijahren mit 2 v. H. zu verzinsen und durch Zahlung eines Tilgungsbetrages von 4 v. H., der sich jeweils um die durch die fortschreitende Tilgung erparten Zinsen erhöht, zu tilgen. Die Gelder werden vom Staat und der Provinz dem Kreise überlassen. Der Kreis allein tritt durch seine Spar-kassen den einzelnen Darlehensnehmern gegenüber als Gläu-biger auf. Nach Bewilligung und vor Auszahlung der Dar-lehen müssen der Sparkasse gegenüber die fahungsmäßigen Sicherheiten, z. B. Benennung eines guten Bürgen, gestellt werden. Die Darlehen dürfen 60 % der Kulturbierungskosten jedenfalls den Betrag von 300 RM. je Hektar zu kultu-brierender Fläche nicht übersteigen. Mehr als für 1 Hektar wird in der Regel in einem Jahre für einen Darlehens-nehmer aus dem Dedlandkulturfonds des Staates und der Provinz nicht gegeben. Soll in einem Jahre eine größere Fläche kultiviert werden, dann besteht aber die Möglichkeit, ein Zusatzdarlehen aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt in Berlin zu erhalten. Diese Gelder werden vorausichtlich als feste Darlehen für 12 Jahre zum Zins-satz von 7 1/4 v. H. (einschl. Verwaltungskosten) gegeben. Die ersten zwei Jahre bleiben tilgungsfrei. Vom dritten Jahre ab sind die Darlehen mit 10 v. H. unter Hinzurechnung der erparten Zinsen zu tilgen. Für die ersten fünf Jahre ist eine Zinsverbilligung des Reiches vorgesehen. So-lange diese Zinsverbilligung läuft, ermäßigt sich der Zins-satz von 7 1/4 v. H. auf 4 1/2 v. H. Auch für diese Darlehen müssen Sicherheiten — wie oben erwähnt — gestellt werden.

Interessenten fordere ich auf, mir Darlehnsanträge bis zum 12. Dezember 1930 einzureichen.

Die Anträge müssen enthalten:

Name und Wohnort des Antragstellers,
Lage der Kulturlfläche: Gemeinde, Flur, Nr.,
Größe der Kulturlfläche der Ausföhrung der Kultivierungsarbeiten,
Kurze Angaben der geplanten Kultivierungsarbeiten,
Veranschlagte Kosten der Kultivierung,
Beantragtes Darlehen:

a) aus Mitteln des vom Staat und der Provinz gebildeten Dedlandkulturfonds,
b) aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt.

Verleburg, den 2. Dezember 1930.
 er Vorsitzende des Kreisausschusses des Kreises Wittgenstein.
 Brossot.

Die ersten farbigen Aufnahmen aus den neuen Museen in Berlin bringt das Dezemberheft von *Veihagen & Klasing's Monatsheften*, Aufnahmen, die namentlich die strenge Feiertlichkeit der märchenbunten vorderasiatischen Kunst so eindrucksvoll wie nie zuvor und nirgend sonst wiederzugeben. Dr. W. v. Massow hat den einführenden Aufsatz aus der genauen Kenntnis des Sachmanns und mit der beglückenden Liebe des Kunst- und Geschichtsforschers geschrieben. Eröffnet wird das überreich ausgestattete Heft mit dem Beginn eines neuen, heiteren Romans von Max Halbe: „Generalassul Sienzel und sein gefährliches Ich.“ Von den Novellen seien drei genannt: „Eine Weihnachtsgeschichte“ von Beer-Hofmann, „Der weinende Erbe“ von Graf und „Besuch in der Residenz“ von Obermayer. Höchst aufschlussreich ist Prof. J. Haysbusch's illustrierte Abhandlung über die moderne Bierbrauerei. „Das Erwachen des Deutschlands“ in aller Welt schildert Prof. Albrecht Wendt. Seine Ergebnisse mit Raubtieren berichtet der bekannte Zoologe Knottnerus-Meyer. Willy Schaeffers plaudert von seinen Erfahrungen als Conferencier. Reizend sind zwei farbig illustrierte Beiträge über Brauttrunk und über Zinnfiguren. Die Frau im sportlichen Wettkampf stellt Dr. E. Kümmler in einem mit wirkungsvollen Photographien geschmückten Aufsatz dar.

Wetteraussichten für Freitag: Heiter bis wolfig, trocken, Temperatur leicht ansteigend, schwache Winde.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.
 Von heute, 4. 12. 8 Uhr vormittags

Temperatur:	—4° C
Barometerstand: (gelesen 779 mm)	778 mm
Feuchtigkeit der Luft	93 0/10
Höchste Temperatur (seit gestern 8 Uhr vormittags):	+2° C
Niedrigste Temperatur („ „ „ „):	—5° C
Niederschlagsmenge („ „ „ „):	— mm

Vaterländischer Frauenverein.

Mittwoch den 10. Dezember, 8 Uhr abends
im Westfälischen Hof in Laasphe

Verlosung und Kaffeetrinken.

Wir laden die Frauen und jungen Mädchen von
Laasphe und Umgebung herzlich ein. Kaffeekarte 80 Pfg.

Der Vorstand.

Spenden zur Verlosung werden bis zum
8. Dezember, Schloßstraße 20 (Oberförsterei) dankend
angenommen.



Der Turn- u. Sportverein 1895 Erndtebrück

begeht am Sonnabend den 6. Dezember 1930,
7 1/2 Uhr abends, seine

Familienfeier,

bestehend aus turnerischen Vorführungen,
Konzert, Theater und Ball.

Freunde und Gönner des Vereins werden hierzu herzlich
eingeladen.

Programme, die zum Eintritt berechtigten, sind zum Preise
von 0.50 RM. an der Kasse zu haben.

Anzeigen.

die an einem bestimmten Tage erscheinen
sollen, müssen **beizetien** (nicht erst
am Tag oder Vorabend der Ausgabe)
aufgegeben werden. Ausnahmen können
nur in dringenden Fällen gemacht werden.

Billig! Achtung! Billig!

Morgen Freitag

Birnen	4 Pfund	1 Mark
Lafelbirnen	3 "	1 "
Apfel	3 "	1 "
Apfelsinen	16 Stück	1 "
Rothkraut	10 Pfund	60 Pfg.
Weißkraut	10 "	50 "
Wirsing, grüner	10 "	1 Mark
rote Karotten	10 "	60 Pfg.
gelbe Kohlraben	10 "	60 "
trockene Zwiebeln	10 "	50 "
Meerrettich, große St.	nur	40 "

prima Schwarzwurzeln, Blumenkohl,
Rosenkohl, Grünkohl, Spinat, Feld-
salat, Endiviesalat, prima Tafel-
äpfel, alles billiger Tagespreis.

Christian Alinkert, Laasphe
Bohnhoiststraße Fernruf 79

Meine Sprechstunde

(9-10, 2-4)

ist jetzt

Siegen, Koblenzer-
straße 6, I. Etage
(bei F. Hindertshar)

Kinderarzt
Dr. Raab.

Zuverlässiges,
älteres

Mädchen,

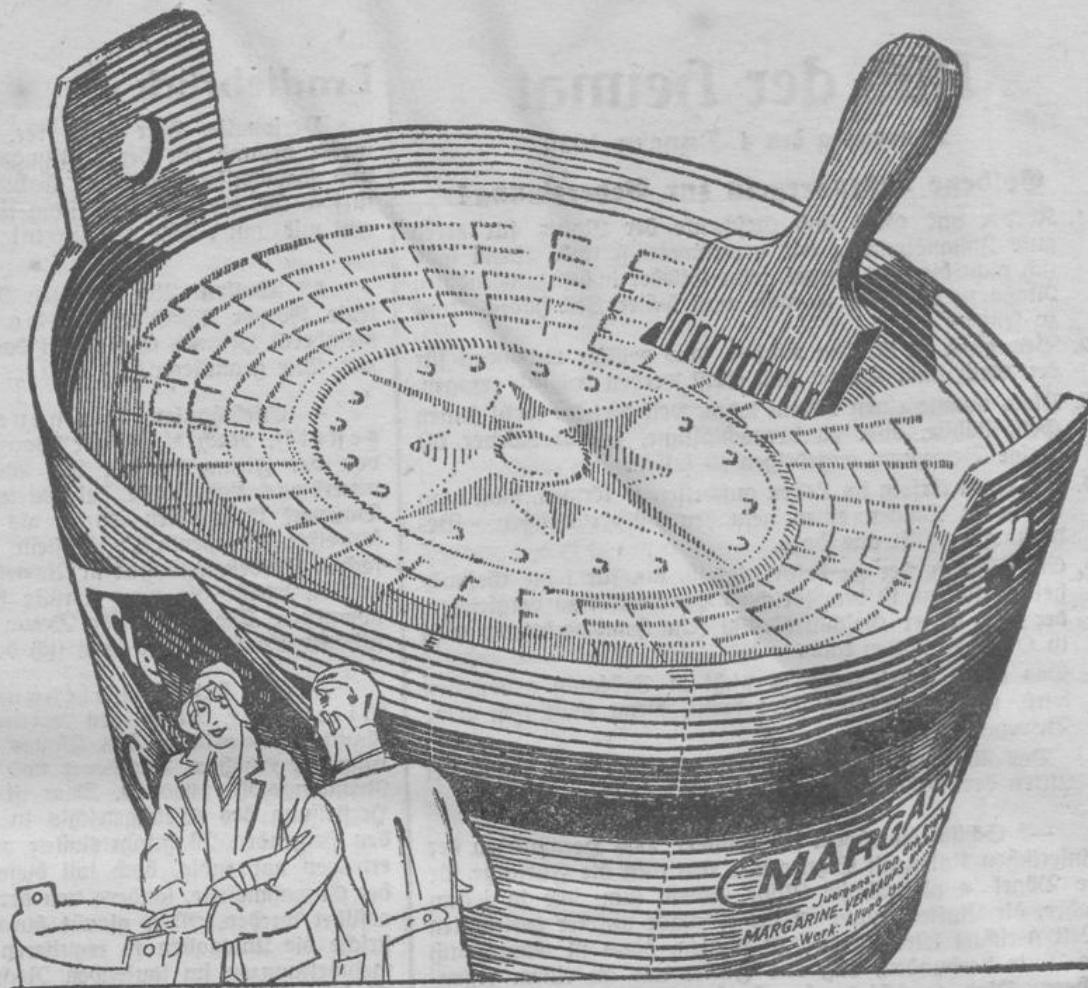
mit guter Erfah-
rung im Kochen
und Bügeln, per
Januar gesucht.

Frau Lederfabr.
Fritz Müller,
Hilgenbach,
Kirchstraße.

Guterhalterner

Herb

zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in
d. Gesch. d. W. 3.



Jede gute Hausfrau weiß es

Cleverstolz, die immer frische Margarine, wird oft nach-
geahmt, doch nie erreicht. Achten Sie daher beim
Einkauf auf den Namen, und verlangen Sie stets nur
diese bewährte Qualitätsmarke. Jede Wanne trägt die
Marke deutlich erkennbar.

MARGARINE

CLEVER-STOLZ

"immer frisch"



Schlittschuhe

Schneeschuhe

Kobel

kaufen Sie am besten bei

August Mittelmann, Laasphe

Auf einen Posten Kobel gebe 20% Rabatt.

Kammerjäger Richard Tauber

singt und spricht
in dem

100proz. Ton- und Gesangsfilm

"Das lockende Ziel"

Glückssucher

Roman von

Erika Niedberg

15]

Nachdruck verboten.

Auf den ersten Blick erkannte er den Gegner. Frau
Westner stellte vor: „Herr Versicherungsbeamter Reich-
mann!“

Janet blieb sehr gemessen, indes Reichmann, den Haus-
freund sehr betonend, sich in der Sofaecke flegelte.
„Gib mir, Sie wollen wohl hier in Berlin
Ihr Glück machen, gefiel Ihnen wohl nicht mehr an Ihrer
poladischen Grenze?“

Janet erwiderte steif: „Gestatten Sie, daß ich Ihre
beiden Fragen nacheinander beantworte, mein Herr. Ich
habe hier einen neuen Wirkungskreis und meine ober-
schlesische Heimat gefällt mir noch immer.“ Der Witwe
gutmütige Augen gingen zwischen beiden hin und her.
„Lieber Gott! Lieber Gott! Wie Kampfhähne sahen
die ja aus!“

Reichmanns breites Gesicht hatte sich gerötet. Er fühlte
die Zurückweisung, aber gerade deshalb wollte er sich
nichts merken lassen. „Nun sagte er, „so, Sie haben schon
was. Darf man fragen, in welcher Branche?“

„Ich bin Bankbeamter.“

„So, so!“ Er wagte nicht weiter zu fragen.

Janet sprach noch einige höfliche Worte zu der Witwe.

dann erhob er sich.

In der förmlichen, gebrechelten Weise, die sie an ihm

bewunderte, sagte er: „Nachdem ich mich von Ihrem Wohl-
ergehen überzeugt habe, darf ich mich empfehlen, gnädige
Frau.“

„Aber nein, jetzt schon,“ rief sie ganz erschrocken.

„Warum wollen Sie denn schon fort?“

„Ich fürchte zu stören. Außerdem ist meine Zeit ge-
meßen.“

Er verbeugte sich knapp vor Reichmann und ging
zur Tür.

Alle sonst ängstlich beobachtete Formen außer acht

lassend, ließ sie ihn ins Vorzimmer nach.

„Aber Herr Janet, ich weiß ja nicht mal, wo Sie
wohnen, wo soll ich Ihnen denn Nachricht geben, wenn ich
Sie mal bitten möchte.“

„Sehr freundlich! Wenn ich Sie nicht belästige, werde
ich mir erlauben, später hier vorzusprechen.“

„Über Ihre Wohnung?“

„Ich wohne bei Frau Bartels, Heinrichstraße Nr. 14.“

Sie schlug die Hände zusammen.

„Nein! Bei Dorette Bartels und ihrer Auguste!“

„Die kenne ich, die sind ja aus meinem Heimatsort.“

„Sie ist zwar viel älter als ich, aber wir sag'n uns noch du.“

„Nun müssen Sie aber bald wiederkommen, und mir
erzählen. Und vielleicht besuche ich die Dorette mal. Die
Auguste kann nicht mehr ganz jung sein — und sehe Sie
dabei auch.“

„Was könnte mir lieber sein, gnädige Frau!“

Draußen auf der Treppe blieb Janet stehen.

War das Glück nicht mit ihm? Schien es nicht, als

hätten diese Menschen nur darauf gewartet, daß er kommen

und sie na... „Geben gegeneinander anspielen sollte?“

Dot sich ihm in Auguste Bartels nicht ein ausgezeich-
netes Gegenstück zu Herrn Reichmann —

Er ließ absichtlich einige Zeit verstreichen —

Sie sollte auf ihn warten. Sollte keine Eifersucht auf
den Freund ihres „Seligen“ merken. Daß sie an ihn
dachte, wußte er.

Eines Tages wurde an seine Zimmertür geklopft.

Auguste sagte durch die Spalte: „Eine Dame ist in Mamas
Zimmer, sie wünscht Sie zu sprechen.“

In ihrer Stimme lag Gereiztheit, Bitterkeit und jene

Kindlichkeit, durch die überreife Mädchen die Augen er-
leuchten wollen. Janet wußte sofort, wer auf ihn wartete.

Ein Blick des Triumphes schob aus seinen Augen.

Also war ihr die Zeit doch zu lang geworden. Es ging
doch nichts über fähle Berechnung und Selbstbeherrschung.

Warten können, warten können, und dann zupacken,
kalt, eisen, für immer.

Er war auf dem Wege zum Erfolg. Der Glaube an
sich selbst hatte ihn nicht betrogen.

Als er Frau Westner dann im Zimmer seiner Wirtin
so in Verlegenheit über ihre eigene Kühnheit sah, da

wuchsen in seinem Triumph förmlich Flügel. Er hatte
seinen Einfluß nicht für so groß gehalten.

Laut redete sie auf ihn ein. „Ja, Herr Janet, Sie
wundern sich wohl, was soll aber eine alleinstehende
Frau machen, die von Geschäften nichts versteht. Ich wollte
Sie als Fachmann um Ihren Rat bitten, da Sie aber
trotz Ihres Versprechens nicht wiederkamen, machte ich
mich auf zu meiner alten Bekannten. Nicht wahr,
Dorette, es ist doch auch hübsch, sich mal wiederzusehen.“

Frau Bartels nickte steif. Sie hatte noch kein Wort
gesprochen, nur ihrer Auguste, die starren Auges mit
Tränen zu kämpfen schien, bezeichnende Blicke zugeworfen.
Janet verbeugte sich verbindlich.

„Ich hätte mir gewiß bald einen Besuch erlaubt,
gnädige Frau, jedoch verstand ich Sie recht. Sie brau-
chen Rat in Geschäftssachen?“

„Ja, ich möchte Sie wegen einer Kapitalanlage
fragen.“

Mit gemachter Zurückhaltung sagte er: „Selbstver-
ständlich stehe ich Ihnen zur Verfügung.“

„Jedoch sollte nicht der Herr, den ich bei Ihnen
kennenzulernen die Ehre hatte, größeren Anspruch auf
Ihr Vertrauen haben?“

Frau Westner schob das Blut in den Kopf.

Frau Bartel spitzte die Ohren. Augustes trübe Blicke
hingen an den molligen Formen der Witwe und ihrem
eleganten Kostüm.

Es entstand eine verlegene Pause.

Schließlich sagte Frau Westner: „Ach nein, da irren
Sie sich wirklich, Herr Janet. Reichmann kann mir nicht
raten.“

„Reichmann?“ fuhr Frau Bartels dazwischen, „aus
Vimmerode? Der damals verfrachtete und dann zur Ver-
sicherung ging? Der? Verfehrt er noch bei dir, Amalie?“

„Ja ja, ich habe gehört, er sucht nach einer guten
Partie...“

„Keine Nummer,“ sagt man hier in Berlin. Frau
Westners runde, braune Augen sahen sie böse an. „Schlecht
ist er nicht, Dorette,“ sagte sie energisch. Dann zu Janet
gewandt: „Er hat kein Glück gehabt. Immer allerlei
Pläne —“

„Ja, die hatte er! Und sie waren auch danach,“
lachte Frau Bartel.

Die hübsche Amalie wurde ungeduldig. Freundlich zu

Robert aufsehend, sagte sie: „Also ich möchte Sie, Herr
Janet, um Rat bitten. Sie haben mir damals in Bres-
lau so liebenswürdig geholfen,“ sehte sie etwas boshaft
zu Auguste hinüber, hinzu.

„Ich stehe Ihnen auch jetzt zur Verfügung.“

Sie erhob sich.

Ihre feidenen Kleider raschelten.

„Schön! Schön!“

(Fortf. folgt.)